

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 16

ersch. am Sonntag.  
Zeitspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.  
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 8. November 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Feuer Markt 8-12 IV.  
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

## Der Unfallschutz in unseren Betrieben.

(Schluß.)

Trotz aller Kritik läßt die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft nicht davon ab, über die angebliche Schuld an den Unfällen eine Aufstellung zu veröffentlichen, die einen inneren Wert nicht hat. Andere Berufsgenossenschaften bringen Angaben über die Schuldfrage zum Teil schon sehr lange nicht mehr, da sie gleich uns der Auffassung sind, daß eine Darstellung der Unfallschuld nur in den wenigsten Fällen einwandfrei sein kann. Denn die Angaben hierüber können sich doch nur aufbauen auf der absolut persönlichen Anschauung des Berichtenden, der nur selten völlig objektiv ist. Diejenigen, die Erhebungen über die Unfallschuld anzustellen haben, wenden sich dabei in erster Linie an die Unternehmer, Wertmeister usw., von denen sie im „Betriebsinteresse“ keine Angaben erhalten werden, die den Betrieb oder seine Einrichtungen als Ursache des Unfalls erkennen lassen. Diese Auskunfterteilenden werden immer versuchen, die Schuld an den Unfällen den beteiligten Arbeitern oder Arbeiterinnen zuzuschreiben. Das ist heute mehr denn je der Fall, nachdem die Hege gegen die Sozialpolitik und den Arbeiterschutz nachgerade lebensnotwendig für die Unternehmer geworden ist.

Das Vorstehende ist sehr zu beachten, wenn man die folgende Aufstellung der Unfallursachen zur Kenntnis nimmt. Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft hat „festgestellt“, daß sich ein Teil der Unfälle ereignete: durch die Schuld von Mitarbeitern in 8 Fällen, durch Nichtbenutzung gebotener Schutzmittel durch den Verletzten in 44 Fällen, durch Handeln wider erhaltene Anweisung in 43 Fällen, durch offenbaren Leichtsinns in 2 Fällen, durch Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit der Verletzten in 101 Fällen und durch Unkenntnis der Gefahr in zwei Fällen. Diesen Ursachen, die von den Verletzten selbst veranlaßt sein sollen, stellt die Berufsgenossenschaft gegenüber die Ursachen, die dem Betrieb zur Last zu legen sind. Da wird verzeichnet: Gefährlichkeit des Betriebes an sich in 1 Fall, mangelhafte Betriebs-einrichtungen in 12 Fällen und Fehlen von Schutzvorrichtungen in 162 Fällen. Eine dritte Gruppe von Unfällen soll seine Ursache haben in Zufälligkeit, im Zusammenwirken verschiedener Momente und in nicht zu ermittelnden Ursachen (59 Fälle). Bemerkenswert ist, daß beim Bedienen der Falzmaschine in zwei Fällen die Haare der beteiligten Kolleginnen von Maschinenwellen erfaßt wurden.

Der trankhaften Sucht nach Zuweisung der Schuld an den Unfällen an die Verletzten selbst — womit tatsächlich vorkommende Unachtsamkeit und Nichtbenutzung vorhandener Schutzeinrichtungen nicht unter allen Umständen beschönigt werden sollen — stehen die Feststellungen der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft gegenüber, die sich mit den bei den Betriebsbesichtigungen durch die technischen Aufsichtsbeamten vorgefundenen betrieblichen Mängeln beschäftigen. An sich erfolgen die Betriebsbesichtigungen in völlig unzureichendem Umfange. Von den der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft unterstellten 5032 Betrieben wurden im Vorjahre nur 1455 besichtigt. Von diesen hatten die technischen Aufsichtsbeamten in 79 zum ersten Male ihren Fuß gesetzt und 46 wurden seit fünf Jahren zum ersten Male wieder besichtigt. Wieviele Betriebe überhaupt noch vorhanden sein mögen, die noch nie kontrolliert worden sind, wird nicht gesagt. Die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft mußten in den 1455 von ihnen im Vorjahre besichtigten Betrieben 11 425 Mängel feststellen, von denen fast jeder einzelne die Ursache zu einem Unfall abgeben kann. Nachdem sich diese Riesenzahl alljährlich wiederholt, von der Berufsgenossenschaft jedoch nichts getan wird, um ernstlich die Abstellung dieser Mängel durchzusetzen, hat sie kaum ein Recht, bei Feststellung der Unfallursachen in einem erheblichen Teil der Fälle die Schuld den beteiligten Verletzten zuzuschreiben. Aus den bei den Betriebsbesichtigungen festgestellten Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften sind hervorzuheben: Verstöße in bezug auf die Baulichkeiten 751, Unordnung und Lagerung von Material 43, Beleuchtung 12, sanitäre Einrichtungen 1069, Wellen, Ausrückvorrichtungen, Transmission 510, Riementriebe 693, Hebezeuge 381, Stenzen und Pressen 1525, Schneidemaschinen 2044, sonstige Maschinen 3253. Das ist — wie besonders betont sein soll — nur ein kleiner Auszug aus den Feststellungen der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft. Von sämtlichen Verstößen entfielen auf Zahn- und Kettengeräte als Unfallquellen 2336, auf Riemenketten, Schwungräder und dergleichen 1446, auf hervorstehende, rotierende Reile, Wellenenden 387 und auf Ausrückvorrichtungen 244. Der Bericht der Berufsgenossenschaft sagt dazu:

„In 8176 Fällen hätten bereits die Maschinenhersteller die Gefahrstellen vermeiden bzw. mit ausreichendem Schutz versehen können, was nun nachträglich durch den Betrieb, meistens unter erhöhten Kosten, erfolgen muß und leider oft erst geschieht, nachdem bereits

ein Unfall vorgekommen ist. Das Uebel an der Wurzel zu erfassen, ist auch hier das sicherste Mittel gegen Unfälle.

7995 Verstöße sind auf Unterlassungen des Betriebes oder auf die Schuld der Versicherten zurückzuführen, da entweder die erst nach Aufstellung der Maschinen entstandenen Gefährstellen nicht abgeschützt oder vorhandene Schutzvorrichtungen nicht benutzt wurden.

Wegen Nichtausführung der Besichtigungsberichte mußten mehrere Betriebe verwahrt bzw. bestraft werden.

Ein Betriebsinhaber, der bei einer Besichtigung — trotz der Anwesenheit eines Polizeiwachmeisters — den technischen Aufsichtsbeamten mit Täuschlichkeiten bedroht hatte, ist auf Antrag des Genossenschaftsvorsitzenden im Wege der öffentlichen Klage vom Thüringischen Amtsgericht Sonneberg zu einer Geldstrafe von 50 M. rechtskräftig verurteilt worden.

In mehreren Fällen wurde festgestellt, daß Versicherte ohne den vorhandenen Schutz arbeiteten. Auch hier wurde mit Ermahnungen und Strafen vorgegangen. Aber besser hilft eine energische Betriebsleitung, die ständig aufklärend wirkt und dafür sorgt, daß jugendliche und unerfahrene Personen von nicht ungefährlichen Arbeiten ferngehalten und mit der Bedienung einer Maschine erst dann beauftragt werden, wenn sie über die allgemeinen Betriebseinrichtungen und Vorschriften, die Arbeitsweisen und die Notwendigkeit, Schutzvorrichtungen zu benutzen, hinreichend belehrt worden sind.“

Nichts kann treffender die Einstellung so manchen Unternehmers zu einem ausreichenden Arbeiterschutz kennzeichnen, als die von der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft selbst festgestellte Tatsache, daß die technischen Aufsichtsbeamten von rabiaten Unternehmern tatsächlich bedroht werden und daß diese dann den notwendigen Schutz selbst durch die Gerichte nicht finden. Was will es denn heißen, wenn ein Kaufbock auf Anzeige hin ganze 50 M. Geldstrafe erhält. Ist das eine ausreichende Sühne für ein Vergehen, durch das die gefundenen Knochen oder gar das Leben unserer Berufsangehörigen in Gefahr gebracht werden kann? Schwere Strafe sollte den Unternehmer treffen, der mit Leben und Gesundheit der in seinem Betriebe Arbeitenden leichtsinnig umgeht. Nur dadurch wird es manchen von diesen beigebracht werden können, daß ein Menschenleben auch im kapitalistischen Staat heilig und unverletzlich sein soll. Von der Befugnis, Strafen zu verhängen, sollte darum die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft viel nachhaltigeren Gebrauch machen. Ihre Aufgabe soll doch sein, die Beschäftigten zu schützen vor allem Schaden, der durch die Arbeitsleistung im Betrieb entstehen kann.

## Die Betriebsräte im graphischen Gewerbe.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der Nachkriegszeit ist unstreitig das Betriebsrätegesetz. Was mit Hilfe der Betriebsräte im Interesse der Arbeiterschaft jahrein und jahraus geleistet wird, davon kann sich ein Fernstehender kaum eine Vorstellung machen. Und doch kann man sagen, daß trotz des mehr als zehnjährigen Bestehens des Betriebsrätegesetzes noch viel mehr für die Arbeiterschaft getan werden könnte, wenn die große Masse die Bedeutung des Betriebsrätegesetzes voll zu würdigen verstände. So aber sind noch immer Tausende Betriebe vorhanden, die von den Rechten des Betriebsrätegesetzes keinen Gebrauch machen und die sich um die Wahl von Betriebsräten gar nicht kümmern. Erst wenn Entlassungen, Betriebseinschränkungen usw. stattfinden, merken die Beteiligten, wie schwer sie sich selbst in ihren Rechten durch diese Nachlässigkeit geschädigt haben.

Selbst in unserem Berufe sind trotz fleißiger Aufklärungsarbeit und entsprechender Hinweise nach dem letzten Jahresbericht noch immer 23 Proz. der von der Erhebung erfaßten Betriebe ohne Betriebsvertretung! Nur 1882 Betriebe hatten von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht. Von den ermittelten Betriebsräten waren 2382 Mitglieder unserer Organisation, darunter 797 oder 33,5 Proz. Kolleginnen.

Wer den über zehn Seiten des Jahresberichts sich hinziehenden Tätigkeitsbericht der Betriebsräte liest, bekommt einen Einblick in die gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen diese Arbeitervertreter in den Betrieben, vor den Arbeitsgerichten usw. zu kämpfen haben. Und gerade in der jetzigen kritischen Krisensituation ist die Tätigkeit der Betriebsräte eine doppelt schwierige und aufopferungsvolle. Unsere Kollegenschaft sollte ihnen daher Dank wissen und nichts unterlassen, was ihnen ihre Arbeit erleichtern kann. Statt dessen sind aber auch diesmal wieder eine ganze Reihe von Fällen zu verzeichnen, daß den Betriebsräten bei ihrer aufopferungsvollen Arbeit von der Kollegenschaft noch Steine in den Weg gelegt wurden. Wenn auch durch die grenzenlose Verhegung von rechts und links die Zerrissenheit unter der Arbeiterschaft sehr groß ist, dann sollte doch die Kollegenschaft erkennen, daß sie nur den Interessen der Unternehmer dienen, wenn sie den Betriebsräten durch passives oder gar aggressives Verhalten in den Rücken fallen. Im Interesse der Gesamtheit läge es, wenn die Kollegenschaft immer mehr dazu übergehen würde, jede Errungenschaft ihren nächstbeteiligten WertstubeKollegen nachdrücklich vor Augen zu führen und sie auch bei Mißerfolgen darüber aufzuklären, wie sie durch ihre Unterlassungssünden sich selbst schädigen, wenn sie nicht, gleich den Unternehmern, ein fest geschlossenes Ganzes bilden, unbekümmert wie jene um ihre politische oder religiöse Ueberzeugung.

Mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Betriebsratswahlen haben die vier in Frage kommenden freigewerkschaftlichen graphischen Verbände — Buchdrucker, Lithographen und Stein drucker, Buchdruckerhilfsarbeiter sowie unser Verband — sofort nach den diesjährigen Betriebsrätewahlen gemeinsame Feststellungen gemacht. Diese Erhebung erfaßte rund 150 000 Berufsangehörige des Berufstätigen Gewerbes und der Papierverarbeitungsindustrie, die sich auf 2024 Betriebe und 423 Orte er-

streckte. In Verhältnis zahlen ausgedrückt, sind allerdings nur etwa 50 Proz. der Berufsangehörigen und 10 Proz. der Betriebe von der Erhebung erfaßt worden. Doch muß man hierbei berücksichtigen, daß die übergroße Mehrzahl der letzteren kleine Betriebe sind, die nicht unter das Betriebsrätegesetz fallen.

In den erwähnten 2024 Betrieben wurden insgesamt 7916 Arbeiterratsmitglieder festgestellt, darunter jedoch nur 967 = 12 Proz. Frauen. Von diesen 967 waren 557 der Betriebsratsmitglieder in unserem Verbandsorganisiert. Ein Vergleich mit den eingangs erwähnten Zahlen aus unserem Jahresbericht zeigt, daß wir nach unseren vollständigen Feststellungen im Vorjahre 2382 Betriebsratsmitglieder ermittelt haben, die in unserem Verbandsorganisiert sind, darunter 800 Kolleginnen. Daß diese durch den Graphischen Bund ermittelten Zahlen nicht lückenlos sind, hat seinen Grund darin, daß das Gesamtergebnis zu einer Zeit zusammengestellt werden mußte, als die Betriebsratswahlen noch nicht restlos durchgeführt waren.

Von den 7916 Arbeiterratsmitgliedern waren 7495 = 95 Proz. freigewerkschaftlich organisiert, und zwar im Verband der Deutschen Buchdrucker 3898, im Verband der Lithographen und Stein drucker 778, im Graphischen Hilfsarbeiterverband 818, in unserem Verband 1692 und in anderen freigewerkschaftlichen Verbänden 309.

Recht lehrreich sind die „Erfolge“ der jahrelangen Wählerarbeit von rechts und links. Von den 2024 Betrieben wurde nur in 23 Betrieben eine besondere Liste der „kommunistischen Opposition“ und außerdem noch in zwei Betrieben besondere Nazilisten aufgestellt. Also nur in

1,2 Proz. der Betriebe war es den Oppositionsparteien trotz ihrer jahrelangen Wählerarbeit möglich, besondere Listen aufzustellen. Noch kläglicher ist das Resultat der Wahl. Von der kommunistischen Oppositionsliste wurden insgesamt nur 41 Vertreter gewählt, von denen jedoch 13 nicht organisiert waren. Also ein Drittel der „kommunistischen Kampfgenossen“ waren Raubheime, die wohl die Früchte der gewerkschaftlichen Erfolge für sich in Anspruch nehmen, aber aus einem mißverstandenen revolutionären Gefühl es nicht für notwendig halten, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Zum Teil sind auch solche darunter, die infolge ihres gewerkschaftschädigenden Treibens aus diesen ausgeschlossen wurden. Daß auch die Naziliste einen Vertreter erhielt, wollen wir nur der Vollständigkeit halber noch registrieren.

Die freien Gewerkschaften haben bei der Aufstellung ihrer Listen schon in weitestem Maße Toleranz geübt. Das geht daraus hervor, daß von den durch ihre Listen gewählten Vertretern 224 den Christlichen, 10 den Hirsch-Duncker Gewerkschaften und 17 kommunistischen Gewerkschaften usw. angehörten. Sogar acht in nationalsozialistischen Verbänden Organisierte wurden auf freigewerkschaftlichen Listen gewählt! Besonders bedauerlich ist aber, daß sogar 133 Nichtorganisierte auf den freigewerkschaftlichen Listen gewählt werden konnten. Dies ist der beste Beweis dafür, daß noch unendlich viel Aufklärungsarbeit in den einzelnen Wertstuben geleistet werden muß, damit die Arbeiterschaft endlich begreifen lernt, daß nicht Unorganisierte und Nazileute die Rechte der Arbeiterschaft vertreten können. Die Kollegenschaft muß erkennen, daß sie ihre Kräfte nicht zersplittern darf, sondern daß sie sich als eine einzige zielbewußte Masse zusammenschließen muß, um so in geschlossener Front dem ebenso geschlossenen Unternehmertum gegenüber treten zu können. mk.

## Änderungen in der Krisenfürsorge.

Der Erlass über die Dauer und Durchführung der Krisenfürsorge ist gleichzeitig mit der neuen Verordnung über die Krisenfürsorge veröffentlicht worden. Damit ist endlich sanktioniert worden, daß die Bezugszeit der Krisenfürsorge um die Dauer der Kürzung der Arbeitslosenversicherungzeit verlängert wird. Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung beträgt nun wieder zusammen 58 Wochen, jedoch kann der Vorsitzende des Arbeitsamts für Arbeitslose über 40 Jahre diese Frist um weitere 13 Wochen verlängern. Es ist also in der Dauer der Bezugszeit der alte Zustand wieder hergestellt worden.

In der Prüfung der Bedürftigkeit müssen von jetzt ab Arbeitsämter und Gemeinden oder Gemeindeverbände eng zusammenarbeiten, jedoch ist dem Vorsitzenden des Arbeitsamts das Recht eingeräumt worden, die Bedürftigkeit auch dann zu bejahen, wenn das Gutachten der Gemeinde es verneint und er anderer Ueberzeugung ist.

Die neue Verordnung der Krisenfürsorge bringt eine Verbesserung dadurch, daß endlich anerkannt wird, daß es bei der Berechnung der Freigrenze auch unter Umständen eines Freifalles für Unterstützung aus

sittlichen Gründen neben rein juristischen bedarf.

Vollkommen fehlt in der neuen Verordnung die Bestimmung, daß Einkommen oder Einkommensteile, die bereits nach dem Gesetz auf die Unterstützung des Arbeitslosen selbst oder die Arbeitslosenunterstützung eines seiner Angehörigen angerechnet worden sind, bei der Berechnung der Krisenunterstützung anrechnungsfrei bleiben. Das ist eine wesentliche Verschlechterung. Eine weitere Verschlechterung ist, daß in Zukunft Krisenunterstützungen nur dann gezahlt werden, wenn der Wochenunterstützungssatz höher als 50 Pf. ist. Viele Arbeitslose haben auch den kleinsten Betrag trotz Stempelkontrollen und weiter Wege angenommen, weil sie dann wenigstens gegen Krankheit versichert waren und ihre übrigen Sozialversicherungen anwartschaften aufrechterhalten blieben. Gerade diese beiden Vorteile waren das Entscheidende für die Annahme des geringen Betrags. Auch das hat man jetzt den langfristig Arbeitslosen noch genommen. Glaubt der Reichsarbeitsminister, daß langfristig Arbeitslose, deren Bedürftigkeit anerkannt ist, ohne Unterstützung leben und außerdem noch ihre Krankenkassen- und Invaliden- oder Angestelltenversicherungsbeiträge zahlen können? Diese Arbeitslosen aber aus der Sozialversicherung auszustößen, ist unmöglich.

## Ein modernes Mittel zur Arbeiterbildung.

Trotz des umfangreichen Bildungswezens, das sich die Gewerkschaften in mühevoller Arbeit und mit vielen Opfern aufgebaut haben, trotz der ergänzenden Arbeiterbildungsarbeit des Staates und der Gemeinden, der Volkshochschulen und akademischen Kurse, müssen sich viele strebsame Kollegen eine Beteiligung aus den verschiedensten Gründen versagen. Zum Teil sind es persönliche Verhältnisse, die einen regelmäßigen Besuch unmöglich machen, zum Teil erschwert oder hindert die örtliche Entfernung eine ständige Teilnahme.

Hier will der Fernunterricht, wie ihn die Staatlichen Wirtschaftsschulen in Düsseldorf und Berlin und die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. seit Jahren eingerichtet haben, einen Ausgleich schaffen. Bei diesem dezentralisierten System der Bildungsarbeit erhalten die Teilnehmer Anweisung für systematisches Arbeiten auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaften und der Staatsbürgerkunde. Ausgehend vom Erfahrungskreis der Teilnehmer werden zunächst Fragen des Betriebes bearbeitet, an die sich im weiteren Verlaufe wirtschaftsgeographische Themen über das Wirtschaftsgebiet, in dem der Teilnehmer wohnt, anschließen, ferner Arbeiten zur selbständigen Erarbeitung wirtschaftswissenschaftlicher Grundbegriffe und die Bearbeitung von wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen. Die notwendige Literatur, die bei der Abfassung der Arbeiten zu benutzen ist, wird bei jedem einzelnen Thema angegeben. Die Teilnehmergebühren ist gering, sie wird im Falle der Bedürftigkeit gelegentlich auch von der Schule erlassen.

Durch diesen Fernunterricht sollen die Kräfte erfaßt werden, die sonst in ihrer geistigen Entwicklung verkümmern oder gar völlig verloren gehen würden. Neben diesem Zweck, dem Fernschüler ein wissenschaftliches Einarbeiten in bedeutungsvolle Wirtschaftsfragen zu gestatten und seine erworbenen Kenntnisse unter ständiger Kontrolle eines geschulten Dozenten zu erweitern, verfolgt der Fernunterricht das weitere Ziel, geeignete Persönlichkeiten, die sich tätig am gewerkschaftlichen Leben beteiligen und die sich im wirtschaftlichen und sozialen Leben bewährt haben, auf den Besuch der Wirtschaftsschulen vorzubereiten.

Für die Staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf beginnt jetzt ein neuer Fernunterrichtslehrgang. Alles Nähere ist aus den Richtlinien zu ersehen, die das Sekretariat der Schule, Düsseldorf, Achenbachstraße 51, auf Wunsch gern an Interessenten versendet. Wir können unseren strebsamen Kollegen die Teilnahme an diesem Fernunterricht nur empfehlen.

## Kurze Notizen.

1. Album ist lateinisch und heißt „das Weiße“. Die alten Römer stellten nämlich aus dünnen weißen Holzstäbchen oder Holzblättern eine Art von Büchern her, die an der einen Seite zusammengehalten wurden, an der anderen Seite aber umgeblättert werden konnten. Ein solches Buch wurde Album genannt, was in dieser Bedeutung also so viel wie „weißes Buch“ heißt. Späterhin ging dann diese Bezeichnung auf Bücher über, die aus unbedruckten oder unbeschriebenen, also weißen Blättern bestanden.

\*

1. Als Erfinder der Papiermaschine ist der Franzose Louis Robert zu bezeichnen, der ursprünglich Arbeiter, dann Werkmeister der Papierfabrik zu Courmeur war. Im Jahre 1799 konstruierte Robert die erste Maschine dieser Art und erhielt darauf ein Patent.

## Stimmen aus unserem Kollegenkreis.

### Zur Invalidenunterstützung.

Vor ungefähr 26 Jahren wurde aus Kollegenkreisen die Anregung gegeben, im Verband eine Invalidenunterstützung einzuführen, um den alten Kollegen den Lebensabend zu erleichtern und den durch Krankheit oder Unglücksfall frühzeitig invalid gewordenen Kollegen eine Unterstützung zu sichern. Damals dachte wohl kein Kollege daran, daß die Invalidenunterstützung sich zu einem so wohltätigen und notwendigen Unterstützungszweig entwickeln würde. Es hat damals genug Stimmen gegeben, die für den Kampfcharakter des Verbandes fürchteten. Nun, diese Kollegen werden heute wohl anders denken und sich mit der Einführung der Invalidenunterstützung abgefunden haben.

Bis zum Jahre 1918 hatten sich als Reserven für die Invalidenunterstützung 600 000 Mark angeammelt. Wenn man bedenkt, daß diese Summe aus kleinen Beiträgen zusammengekommen ist, dann muß man staunen, was gelebte Arbeit zu leisten vermag. Leider hat die Inflation alles vernichtet und es mußte von neuem an dem Aufbau gearbeitet werden. Wenn auch zur Zeit als Reserven wieder 675 000 Mark angeammelt sind, so ist diese Summe doch nicht groß genug, um die 475 invaliden Kollegen und die 29 Kolleginnen dauernd zu unterstützen. Die Ausgaben betragen im 2. Quartal 1931 59 076 Mark. Man muß sich wundern, daß der Verband trotz der vielen arbeitslosen Mitglieder es fertigbrachte, die Unterstützung bis jetzt auszuführen.

Der Verbandsvorstand wendet sich nun an die Mitglieder wegen einer Erhöhung der Beiträge für die Invalidenunterstützung. Der Vorstand wird sich nicht umsonst an seine Mitglieder gewandt haben, die einmal Angefangenes auch durchführen, wenn es im Bereich der Möglichkeit gelegen ist. Sollen wir die der Not der Zeit entsprechende Invalidenunterstützung fallen lassen? Nein, und abermals nein. Die Invaliden des Verbandes sollen sich in der Kollegenchaft nicht getäuscht haben, die es sich zur besonderen Aufgabe macht, die kurze Zeit der wohlverdienten Ruhe einigermaßen erträglich zu gestalten. Die invaliden Mitglieder haben mit der Unterstützung des Verbandes gerechnet. Die Unterstützungen, die ihnen in vielen Fällen von Wohlfahrtsvereinigungen bewilligt wurden, sind bis aufs äußerste gekürzt. Sollen wir es ebenso machen und die Unterstützungen kürzen oder vielleicht ganz einstellen? Nein, und abermals nein. Darum bewilligen wir dem Vorstand die von ihm vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge zur Invalidenunterstützung!

Kollege Müller-München fand in einem Artikel in Nr. 47 Jahrgang 1930 der „Buchbinder-Zeitung“ warme Worte für unsere invaliden Kollegen. Er war der Ansicht, daß unsere alten Kollegen nur mit Hilfe der Invalidenunterstützung des Verbandes ein beschriebenes Leben führen können. Man sollte doch glauben, daß die Kollegen, die Jahrzehnte ihre Pflicht getan haben, die allen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachgekommen sind, Anspruch darauf haben, einige Jahre in beschaulicher Ruhe leben zu können.

Es ist lebhaft zu bedauern, daß sich die Kolleginnen so wenig an der Invalidenunterstützung beteiligen. Wenn hier die Kollegen aufklärend wirken würden, dann würde gewiß eine Besserung erzielt. Keiner Rasse ist es möglich, für den geringen Beitrag eine solche fortlaufende Unterstützung zu zahlen. Wie leicht ein Mensch frühzeitig invalid werden kann, lehren die täglichen Unglücksfälle auf der Straße und in den Betrieben. Sollte eine Kollegin auf die Invalidenunterstützung, für die sie Beiträge geleistet hat, verzichten können, dann soll sie zufrieden sein und denken, es kommt meiner Kollegin zugute, die nicht in einer so glücklichen Lage ist. Wie man aus den Berichten einiger Zahlstellen erfieht, wollen die arbeitslosen Kollegen gern den Beitrag zur Invalidenunterstützung leisten, um sich eine möglichst hohe Unterstützung für den Fall der Invalidität zu sichern. Man erfieht hieraus, wie tief der Gedanke, für das Alter zu sorgen, in die Kollegenchaft eingedrungen ist. Der nächste Verbandstag wird sich wohl mit

dieser Angelegenheit beschäftigen und eine Regelung treffen, die im Interesse der arbeitslosen Mitglieder gelegen ist.

Und nun vollzählig zur Urabstimmung, von dem Gedanken befeelt, das Errungene festzuhalten und noch weiter auszubauen.

Karl Rabe - München.

\*

### Die Beitragsfrage.

Bei den Aussprachen über die Erhöhung des Anteils für die Invalidenunterstützung im Verbandsbeitrag um 10 bzw. 20 Pf. trifft man oft Kollegen, die falsche Wege gehen wollen. Ich will versuchen, zu zeigen, was sie sich selbst damit für einen Bären-dienst erweisen. Wir wollen einmal annehmen, der Beitrag für die in Frage kommenden 3 Klassen wird um 10 und 20 Pf. erhöht, so daß in der 5. Klasse der Anteil für die Invalidenunterstützung 40 Pf. beträgt, so sind dies pro Jahr 50 Wochen à 40 Pf. = 20 Mk., die man sozusagen als Not-pfennig für das Alter zurücklegt. Angenommen, ich tue dies 40 Jahre lang, dann sind das  $40 \times 20 \text{ Mk.} = 800 \text{ Mk.}$  Also 800 Mk. habe ich in 40 Jahren zurückgelegt. Für 800 Mk. bekomme ich bei 10 Proz. Zinsen im Jahre 80 Mk. oder im Monat 6,66 Mk. Was leistet denn nun der Verband? Er zahlt im ungünstigsten Falle im Monat 30 Mk. Das sind im Jahre 360 Mk. Unterstützung. Wenn wir eine Verzinsung von 10 Proz. annehmen, dann haben diese 360 Mk. einen Kapitalwert von 3600 Mk. und bei 8 Proz. von 4500 Mk. Da ich also in Wirklichkeit 800 Mk. eingezahlt habe und 3600 Mk. bzw. 4500 Mk. verzinst bekomme, hat sich dieser Betrag ohne mein weiteres Zutun um das 4½- bzw. 5½fache vergrößert! Kapitalistisch ausgedrückt bedeutet das, daß ich 450 bzw. 550 Proz. Zinsen erhalte.

Wohlgemerkt, hier sind nur die Anfangsjahre zugrunde gelegt. Bekanntlich steigert sich der Unterstützungssatz bis zum Beitrage von 60 Mk. im Monat. Dies ist allein durch das einfache Wunder „Solidarität“ möglich. Es ist doch wirklich nicht schwer, dies alles zu begreifen. Wenigstens von der Kollegenchaft müßte doch erkannt werden, was der Verband ihnen bietet. Laßt die Abseitsstehenden reden über die „hohen Beiträge“. Der Zweck ist ja immer nur der, Mißstimmung in die Reihen der Organisierten zu bringen. Erkennt, daß der Verband wirklich der einzige Hort ist, wo ihr Schutz und Hilfe findet.

Vor allen Dingen, ihr Zweifelsenden, lernt rechnen. Wo wird euer Geld besser verzinst als im Verband? Mit Händen und Zähnen müssen wir darum kämpfen, um unsere bestehenden Einrichtungen zu erhalten. Wer will da die 20 Pf. mehr in der Woche scheuen? Ja, wird man sagen, aber die 1,30 Mk., die dann noch dazu kommen. Nun, in den 40 Jahren, die ich als Grundlage dieser Betrachtungen genommen habe, wird gewiß ein jeder einmal krank oder arbeitslos gewesen sein, wo er schöne Summen Geldes ausbezahlt erhalten hat. Dann verursachen die Lohnverhandlungen und sonstigen Rechtsstreitigkeiten natürlich auch Kosten, die sich dann wieder in einem geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnis auswirken. Es ist ja eine alte Tatsache, daß dort, wo keine starke Gewerkschaft ist, auch die elendesten Arbeitsverhältnisse bestehen.

Mit diesen Zeiten will ich erreichen, daß alle Kollegen und Kolleginnen, die es angeht, bei der Urabstimmung für den Antrag des Verbandsvorstandes stimmen und man auch endlich erkennen lernt, daß der Betriebs- oder Hausstärker nur im Interesse jedes einzelnen arbeitet und man ihm nicht das Amt durch ewiges Nörgeln beim Begehren unnötigerweise vererbt. Wenn ein jeder erkennt, was er tatsächlich an seiner Gewerkschaft hat, dann wird und muß er sich auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit für diese einsetzen und durch intensives Werben ihr neue Mitglieder zuführen.

E. Kirsten - Weifen.

# Rüstet zur Urabstimmung vom 22. November bis zum 5. Dezember

## Berichte.

**Breslau.** Einer alten Gepflogenheit unserer Zahlstelle folgend hatten wir im Winterhalbjahr in jedem Monat eine Gehilfenversammlung ab. Damit soll den Kollegen Gelegenheit gegeben werden, die Verbands- und Weltgeschehnisse im engsten Kreise zu erörtern. In unserer am 25. Oktober stattgefundenen Versammlung referierte unser Jugendleiter, Kollege Scholz, über „Sozialpolitik einst und jetzt“. Mit geschichtlicher Genauigkeit ging er von den zaghaften Anfängen der Sozialpolitik aus, die der unbegrenzten Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden für Kinder und Jugendliche ein Ziel setzte. Neben dem Arbeiter selbst waren es damals liberal gesinnte Leute und zum anderen staatsbehaltende Notwendigkeiten, die zu einer Sozialpolitik führten. Kurz vor und nach der Schaffung der Arbeiterkutschgehegung waren es schon die Gewerkschaften und die Partei, denen man Rechnung tragen mußte. Die besonders nach der Revolution erreichten Erfolge sind es nun im besonderen, gegen die die Unternehmer und in ihrer Gefolgschaft die Nazis und Stahlhelmer Sturm laufen. Gelder müssen wir feststellen, daß auch die Regierung Brüning diesen Einflüsterungen ein allzu williges Ohr schenkt. Ein entschiedenes Halt muß ihr darum von uns entgegengehalten werden. Wenn von vielen unserer Arbeitsgenossen gesagt wird, daß wir ja nichts mehr zu verlieren haben, dann widerlege dies Kollege Scholz mit der Aufzählung bedeutender Befehle, die es uns wert erscheinen lassen, für sie zu kämpfen. Seine Ausführungen wurden mit Anerkennung aufgenommen.

Anschließend ging sodann Kollege Brucks auf die politische Lage ein. Er vermahnt darauf, daß im Februar 1930 das Kabinett Müller zurücktrat, weil es nicht wollte, daß Kürzungen an der Arbeitslosenversicherung vorgenommen wurden, wogegen wir heute sehen müssen, daß weitgehende Verschlechterungen der Arbeiterschaft zugemutet werden. Trotzdem ist es noch das kleinere Uebel, das wir hinnehmen müssen, wenn wir nicht wollen, daß unsere Tarife und sonstigen Errungenschaften in die Brüche gehen, wie es die vereinte Reaktion will.

In der sich anschließenden Diskussion nahmen die Kollegen Bieisch, Groß, Rehmet, Miegisch, Stumpf und Nippert das Wort. Sie brachten in ihrer Gesamtheit zum Ausdruck, daß bei der heutzutage großen Arbeitslosigkeit und der Ueberberrationalisierung eine Verkürzung der Arbeitszeit längst am Platze sei und daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft steigen müßte. Trotzdem sehe man eine absteigende Tendenz, die das unfähige kapitalistische System kennzeichnet.

Nunmehr berichtete Kollege Klar von den ergebnislosen Verhandlungen mit dem Bund Deutscher Buchbinderinnungen. Seine Ausführungen zeigten, daß es die Herren Meister sehr eilig haben, die ohnehin niedrigen Löhne weiter zu kürzen sowie die Ferien herabzusetzen und die Feiertagsbezahlung zu streichen. Diesen Geflüsten der Unternehmer werden die Kollegen die nötige Aktivität entgegenstellen, und auch die große Zahl der Unorganisierten gerade in den Kleinbetrieben wird hoffentlich einsehen, daß sie ohne Verband der Willfür des Unternehmers ausgeliefert ist. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, schloß Kollege Nippert, besonders auf unsere nächste Veranstaltung hinweisend, die Versammlung.

**Dresden.** In der sehr gut besuchten Generalversammlung der Zahlstelle Dresden gab uns Kollege Scheibe einen Ueberblick über die derzeitige tarifliche Lage, wobei er zum besseren Verständnis die gesamte wirtschaftliche und politische Situation streifen mußte, die sich in der letzten Zeit durchaus noch nicht gebessert hat. Noch immer stehen beispielsweise Ueberfluß infolge unregelmäßiger Produktionsweise auf der einen Mangel am Nützlichsten auf der anderen Seite gegenüber. In Amerika werden Bedarfsgüter vernichtet, während Millionen ohne Arbeit und Unterstützung hungern. Jeder einfache Menschenverstand mußte heute begriffen haben, nachdem die Wirtschaftskrise selbst vor den Siegerstaaten nicht haltmacht, daß in Deutschland nicht der „Marxismus“ und nicht die Reparationen allein schuld sind an unserem Elend. Dem kapitalistischen System wandt der Boden unter den Füßen und es ist die historische Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft, alles Trennende beiseite zu lassen und drängend nachzuschaffen. Klar haben sich in den letzten Tagen die Geister geschlossen. Die Tagung der Reaktionen aller Schattierungen in Harzburg war ein Signal. Was steht denn den

arbeitenden Schichten bevor, wenn die sogenannte „nationale Opposition“ die Regierungsgewalt in die Hände bekommt? Beseitigung aller Tarifrrechte, des Schlichtungswesens, der Sozialgesetzgebung, darüber die Inflation! Wir würden dabei im Jahrzehnte zurückgeworfen. Wohl kann man mit der Tolerierungspolitik nicht ganz einverstanden sein, wohl ist Brüning nicht unser Mann, aber besser die gesamte arbeitende Klasse mit ihm, als unter Hugenberg und Hitler. Nach diesem Ausflug ins Politische kam Kollege Scheibe auf die Lage im Gewerke zu sprechen, in dem es kaum vorwärts geht. Wir mußten bei der Neuregelung des Kartonnager-Manteltarifs Haare lassen. Mit dem Innungsbund kam ein Tarif nicht zustande. Schon verkündet der Deutsche Anzeiger den Stundenlohn mit einer Mark, Ferien- und Feiertagsbezahlung kommt in Fortfall. Im Buchdruckgewerbe ist der Tarif gekündigt; die mehrmaligen Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung sind ergebnislos verlaufen. Der vollarbeitenden Betriebe werden immer weniger, dabei scheint man die graphischen Berufe als Versuchsfarnikel auszuheben zu haben, weil sich hier die Löhne noch immer sehen lassen können. Kollege Scheibe schloß seine Ausführungen mit der Mahnung: Der Geist und die Solidarität der Arbeiterschaft kommt auch über die jetzige Zeit hinweg. An der Haltung der organisierten Arbeiterschaft liegt es, wenn auch unser Verbandschiff ohne ernste Schädigung die Krise überstehen soll. Reicher Beifall beehrte die zeitgemäßen Darlegungen.

Kollege Mischke erstattete hierauf den Tätigkeitsbericht, der wie der Kassenericht gedruckt vorlag. Stark angelegene Kurzarbeit und Stilllegungen waren hier die Merkmale des abgelaufenen Quartals. Geldkrise und Notverordnungen brachten hunderterteil Anfragen und gehäufte Arbeit. Zu heißen Verhandlungen kam es mit dem Arbeitsamt, sehr oft durch begriffliche falsche Einstellung dieser Behörde gegenüber veranlaßt. Unsere Vermittler haben keine leichte Arbeit in dieser Zeit, was einige Zahlen

beleuchten mögen. Hatten wir im Juli 1937 gemeldete arbeitslose Berufsangehörige, denen 35 Proz. Vermittelte gegenüberstanden, dann waren die gleichen Zahlen am 1. Oktober 1934 und nur 9 Proz. Vermittlungen. Viel Staub hat auch die notwendig gewordene Volkshausanierung aufgewirbelt. Kollege Mischke konnte beruhigend allen Schmähern sagen, daß das Volkshaus zur Zeit gesichert ist.

Dann gab Kollege Kohl noch einen kurzen Bericht über die Kassenslage, auch hier mit knappen Zahlen beweisend, wie Einnahmen und Ausgaben sich katastrophal verhalten haben, wie aber andererseits unsere Gesamtfinanzenlage eine solide ist. Mit herzhaften Worten, über alles die Geschlossenheit zu wahren, nahm hierauf Kollege Kohl Abschied von der Kollegenchaft, da er nach erreichtem 65. Lebensjahr in den wohlverdienten Ruhestand tritt. Im Namen der Zahlstelle dankte Kollege Scheibe dem scheidenden Kollegen für seine dreißigjährige Funktionstätigkeit. Er hat mit vorbildlicher Treue und Ausdauer gekämpft und gestritten und für seinen Teil an der Höherentwicklung der Menschheit beigetragen. Mit einem Blumengruß verband Kollege Scheibe den Wunsch für einen frohen Lebensabend.

Unter Punkt 3 sollte die Urabstimmung über den Invalidenbeitrag von den Beiratsmitgliedern besprochen werden. Da von der Distrikten zum ersten Punkt reichlich Gebrauch gemacht worden war, ist eine neue Versammlung anberaumt worden, in der die Urabstimmung reichlich zum Wort kommen soll. Allseitig zeigte sich volles Verständnis für die politische und wirtschaftliche Situation und es kam einmütig zum Ausdruck, in Abwehr zu stehen gegen alle Quertreiber von links und rechts. Kollege Mischke gab noch bekannt, daß Sammellisten für die Ausgesuerten zur Ausgabe gelangten und bat um rege Beteiligung daran. Mit einem Appell, am 9. November geschlossen gegen die Reaktion zu demonstrieren, wurde die mit bewundernswerter Ausdauer durchgehaltene Versammlung geschlossen.

## Bekanntmachungen des Vorstandes.

**1. Die Urabstimmung über die Erhöhung der Beitragsanteile für die Invalidenunterstützung** findet in der Zeit vom 22. November bis 5. Dezember 1931 statt. In dieser Zeit soll jedem in Betracht kommenden Mitglied, das mit dem Verbandsbeitrag auch den Anteil für die Invalidenunterstützung leistet, die Möglichkeit gegeben werden, seine Stimme abzugeben, sofern es sich nicht länger als sechs Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand befindet. Mitglieder, die von der Beitragszahlung befreit sind, müssen sich mit dem Kleben der Freimarken auf dem laufenden befinden. Die Stimmabgabe kann unmittelbar an ein Mitglied der Ortsverwaltung, in einer Versammlung, an die Vertrauensleute der Betriebe oder durch die Post mittels Brief oder Karte erfolgen. Der den Abstimmungszeitel entgegennehmende Funktionär hat in jedem Fall zu prüfen, ob das abstimmende Mitglied dazu berechtigt ist. Im Mitgliedsbuch oder in der Mitgliedskarte ist bei der Stimmabgabe ein Zeichen zu machen, damit eine nochmalige Abstimmung verhindert werden kann. Auf dem Stimmzettel muß der Ort, der Name des Abstimmenden und die Buchnummer angegeben werden, um im Zweifelsfall eine Nachprüfung der abgegebenen Stimmzettel vornehmen zu können. Die Gau- bzw. Ortsverwaltungen sind verpflichtet, unter Zugabe von mindestens zwei Revisoren am Sonntag, dem 6., oder spätestens am Montag, dem 7. Dezember, die Stimmzettel auszufertigen, das vorgegebene Protokollformular auszufertigen und an den Verbandsvorstand sofort einzusenden.

**2. Einstellung der Lokalunterstützung in Glauchau.** In der Zahlstelle Glauchau kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen.

### Abrechnungen

vom dritten Quartal 1931 gingen weiter bis zum 3. November bei der Verbandskasse ein: Gau Nordosten 100,— M., Potsdam-Nowawes 144,85 M., Gau Hanja — M., Darmstadt — M., Frankfurt a. M.—Offenbach 2480,— M., Mainz — M., Mannheim — M., Burgstädt 232,20 M., Ebersbach-Neugersdorf — M., Glauchau — M., Reichenbach 560,95 M., Laßr — M., Gau Nordbayern 89,65 M., Nürnberg-Fürth 2123,45 M.

\*

### Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.  
**Brieg** (Bez. Breslau): B. u. K.: Erich Pollat, Biftoriusstr. 4.

**Oldenburg i. O.**: B.: Paul Kossow.  
 K.: Hermann Hegel, Auszahlung 17 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kurwidstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Der Unfallschutz in unseren Betrieben.  
 Die Betriebskräfte im graphischen Gewerbe.  
 Änderungen in der Krisenfürsorge.  
 Ein modernes Mittel zur Arbeiterbildung.  
 Kurze Notizen.  
 Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Zur Invalidenunterstützung. — Die Beitragsfrage.  
 Berichte: Breslau. — Dresden.  
 Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Die Urabstimmung über die Erhöhung der Beitragsanteile für die Invalidenunterstützung. — Einstellung der Lokalunterstützung in Glauchau. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.